



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



## AUS DEM INHALT

Ausgabe Juni 2017

- **Europa und die Wahl in Frankreich**
- **Visaliberalisierung mit der Ukraine**
- **WLAN für alle in Europa**
- **Europäische Verteidigung**
- **Deutsch als Fremdsprache**

*Liebe Leserinnen und Leser,*

Emmanuel Macron hat die französische Präsidentschaftswahl gewonnen, mit einer Reformagenda für Frankreich und dezidiert europafreundlichen Positionen. Diese gute Nachricht muss alle beflügeln, die der Überzeugung sind, dass wir nur gemeinsam die großen Herausforderungen stemmen werden. Wir werden ihn politisch bei seiner Reformagenda für Frankreich unterstützen. Ich hoffe auch auf neue deutsch-französische Initiativen in Sachen Europa. Mit den Briten werden wir nach der Unterhauswahl noch im Juni die Austrittsverhandlungen beginnen. Ich bleibe überzeugt, dass der Austritt eine Fehlentscheidung war und ist. Aber ab jetzt vertreten wir die Interessen der 27 gegenüber dem „Brexitteer“. Der amerikanische Präsident Trump schlägt derweil gegenüber den NATO-Partnern ungewöhnliche Töne an. Wir Europäer müssen uns im Bereich der Verteidigungspolitik gemeinsam mehr anstrengen und eigenständiger werden, gerade weil unsererseits niemand den transatlantischen Verbund ernsthaft in Frage stellen will. Deswegen schlägt die EU-Kommission jetzt Schritte vor, die wir im Europäischen Parlament bereits seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages 2009 gefordert und weiter entwickelt haben. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, sehr viel mehr gemeinsam zu planen, zu beschaffen, zu üben und, wo erforderlich, gemeinsam in den Einsatz zu gehen. Auch deshalb, weil das Geld dann effizienter ausgegeben werden kann. Eines der noch fehlenden großen europäischen Projekte, Sicherheit und Verteidigung, fängt an, Gestalt anzunehmen.

In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich und wünsche einen schönen Sommer, sehr bald europaweit ohne Roaming-Gebühren....

*Michael Gahler*



## Brexit: Briten müssen Rechnungen bezahlen!



In einer Entschließung positionierte sich das Europäische Parlament zu den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU („Brexit“). Dabei bedauerten die Abgeordneten, dass sich Großbritannien nach 44 Jahren Mitgliedschaft für den Austritt aus der EU entschieden habe, dies sei aber zu respektieren. Beim Austritt eines Mitglieds aus der EU dürfe es

Es wurde jedoch auch klargestellt, dass für eine Zustimmung des Europäischen Parlaments zum späteren Austrittsvertrag wichtige Voraussetzungen erfüllt sein müssen:

Wenn Großbritannien austritt, müssen alle Rechnungen bezahlt sein. Das gilt nicht nur für den jährlichen britischen Beitrag zum EU-Haushalt, sondern auch für die Verpflich-

weder Rabbatte noch Vergünstigungen geben. Es würden faire und konstruktive Verhandlungen angestrebt.

tungen bei den aktuellen EU-Programmen, die bis einschließlich 2020 laufen. Klar ist auch, dass es keine Rosinenpickerei beim EU-Binnenmarkt, etwa für Finanzdienstleistungen, geben kann. Und für die Freizügigkeit von Briten in der EU gilt, dass nur das geht, was umgekehrt auch den EU-Bürgern in Großbritannien ermöglicht wird.

Die Verhandlungen mit Großbritannien werden von der Kommission unter Leitung des früheren Kommissars Michel Barnier professionell geführt werden. Nur wenn der Austritt zu klaren Bedingungen erfolgt, kann es künftig ein partnerschaftliches Verhältnis geben, das wir uns alle wünschen.

## Europa und die Präsidentschaftswahlen in Frankreich

Glück im Unglück – dieses Sprichwort beschreibt wohl am besten das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Frankreich. Neben der großen Erleichterung, dass es der Rechtspopulismus in Frankreich nicht

in den Elysée-Palast geschafft hat, bleibt für Emmanuel Macron die große Herausforderung, seine Reformagenda im Parlament mehrheitsfähig zu machen, denn Frankreich ist derzeit innenpolitisch

gespalten. Gleichwohl deuten Umfragen für die Parlamentswahlen auf eine mögliche Mehrheit für die Bewegung Macrons hin, „La République en marche“. Dann müssen notwendige Reformen auf dem Arbeits-

markt, bei der Rente und im Gesundheitswesen sowie bei der öffentlichen Verwaltung im ersten Schwung frischer Legitimation durch die Wähler umgesetzt werden, damit sie rechtzeitig vor der nächsten Wahl positive Wirkung entfalten.

Zudem darf man bei der Freude über einen proeuropäischen Sieger nicht vergessen, welchen Stimmenzuwachs Marine Le Pen bei dieser Wahl ver-

zeichnen konnte. Macron ist zum Erfolg verdammt. Um nicht schon bei den

arbeitet werden, auch von EU-Seite dazu beizutragen, dass Frankreich wieder in



Europawahlen 2019 abgestraft zu werden, muss mit allen pro-europäischen Kräften vereint daran ge-

Schwung und somit auch die Stimmung gegenüber Europa wieder positiver wird.

## Visaliberalisierung mit der Ukraine auf den Weg gebracht

Mit der Unterzeichnung der Visaliberalisierung für Ukrainer im Europäischen Parlament am 17. Mai wurde ein wichtiger Schritt vollzogen. Es ist erfreulich, dass die EU ihr Versprechen erfüllt, nach-

dem die Ukraine alle Voraussetzungen geschaffen hatte.

Mit der Unterschrift wurde eine starke politische Botschaft an die ukrainischen Bürger gesandt: die EU öffnet sich für Euch! Es ist da-

von auszugehen, dass neben Geschäftsreisenden vor allem junge Menschen von der leichteren Einrei-

se in die EU profitieren. Sie werden aufgerufen, unsere Mitgliedstaaten und unsere Bürger kennen zu lernen. Nun können Ukrainer die Chance nutzen Erfahrungen zu sammeln, wie unsere modernen Verwaltungen funk-

tionieren und Infrastruktur sowie Dienstleistungen bereitgestellt werden. Je mehr ukrainische Bürger die EU erleben, umso stärker wird die Unterstützung für Reformen, Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine wachsen. Es wird auch ein Signal an die Einwohner der besetzten Gebiete im Donbass und auf der Krim gesandt, die bis auf weiteres nicht vom Visa-freien Reisen profitieren.



## Online-Filme und -Fernsehen im Ausland schauen

EU-Bürger mit Abonnements für Online-Filme und -Fernsehen können bald auch bei vorübergehenden Aufenthalten in anderen EU-Ländern auf diese Inhalte zugreifen. EU-Bürger, die ein anderes EU-Land besuchen, werden dort oft daran gehindert, auf Online-Inhalte wie Filme, Fernsehserien, Musik, Spiele oder Sportveranstaltungen zuzugreifen, für die sie in ihrem Heimatland Abonnementgebühren bezahlen.

Die am 18. Mai verabschiedete neue Regelung, die bereits im Februar 2017 informell mit den Verhandlungsführern des Rates vereinbart wurde, wird diese Beschränkungen beseitigen, sodass EU-Bürger bald auch bei Ferien-, Studien- oder Geschäftsaufenthal-



ten im EU-Ausland Online-Dienste wie Netflix, HBO Go, Amazon Prime, Spotify oder Deezer nutzen können.

## Einigung über freies WLAN für alle in Europa

In den Gesprächen zwischen Rat, Parlament und Kommission wurde am 30. Mai eine Einigung über die Initiative für mehr freies WLAN an öffentlichen Orten (Wifi4EU) erzielt. 120 Mio. € sollen bereitgestellt werden, um in bis zu 8000 Kommunen in der EU bis 2020 einen kostenlosen WLAN-Zugang an öffentlichen Plätzen wie Bibliotheken, Parks oder öffentlichen Gebäuden für die Bürger be-



reitzustellen. Sobald das System eingerichtet ist,

können die kommunalen Behörden eine Finanzierung (Gutschein) unbürokratisch online beantragen. Bewerber können sich lokale Behörden (Städte und Gemeinden oder Gemeindeverbände), die WLAN an Orten anbieten möchten, an denen noch kein vergleichbares privates oder öffentliches Angebot verfügbar ist.

## Europaabgeordnete stellen sich gegen Antisemitismus

Der jüngste Anstieg von Antisemitismus in der EU erfordert verstärkte Maßnahmen, so die Abgeordneten in einer

dinator zur Bekämpfung von Antisemitismus zu ernennen.

Rassistische Motive sollten

sollten alle Mitgliedstaaten die Definition der IHRA (Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken) für „An-



Entschließung, die am 1. Juni angenommen wurde.

Hassreden und Gewalt gegen Europas jüdische Bürger sind unvereinbar mit den Werten der EU. Also müssen alle EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit ihrer jüdischen Bürger zu gewährleisten, so die Abgeordneten. Sie fordern führende nationale Politiker auf, antisemitischen Aussagen systematisch und öffentlich entgegenzutreten, und drängen die Mitgliedstaaten dazu, einen nationalen Koor-

als erschwerenden Umstand bei Straftaten behandelt werden, und antisemitische Handlungen im Internet sollten ebenfalls verfolgt werden, so der Text der Entschließung. Die Abgeordneten fordern eine gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, insbesondere im Fall von terroristischen Handlungen. Polizeibehörden sollten spezielle Einheiten für die Bekämpfung von Hassverbrechen einrichten. Um die Strafverfolgung effizienter und wirksamer zu machen,

tisemitismus“ übernehmen.

Online-Vermittler wie Suchmaschinen, soziale Medien und App-Plattformen sollten verstärkte Maßnahmen ergreifen, um antisemitische Hassreden zu bekämpfen, so die Abgeordneten. Der Holocaust (oder die Shoah) sollte in Schulen unterrichtet werden und Geschichtsbücher eine zutreffende Beschreibung jüdischer Geschichte und jüdischen Lebens geben und alle Formen von Antisemitismus vermeiden, fügen sie hinzu.

## Zukunft der Europäischen Verteidigung



Am 7. Juni stellte die Europäische Kommission ihre Vorstellungen zur Zukunft der Europäischen Sicherheit und Verteidigung vor. Grundsätzlich gehen die Vorschläge in die richtige Richtung, da das im Europaparlament entwickelte Konzept der „Europäischen Verteidigungsunion“ ins Zentrum gerückt wird. Jetzt ist es endlich an der Zeit, das die Kommission aus der Phase des Nachdenkens erwacht und gemeinsam

Hierfür ist es notwendig, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeiten einer stärkeren engen Zusammenarbeit im Rahmen der EU nutzen. Die Wehrexperten sprechen hier von der Aktivierung der sogenannten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ). Die SSZ hätte den Vorteil, dass die aktuell bestehenden isolierten Inseln militärischer Kooperation unter dem Dach der EU zusammengeführt

mit Parlament und den Mitgliedstaaten die Europäische Verteidigung voranbringen.

werden können. Als Anreiz für permanente EU-Militärkooperation schlägt das Europaparlament vor, EU-Verfahren und EU-Haushaltsmitteln einzusetzen. Das Parlament hatte hierfür bereits eine erfolgreiche Initiative 2015 gestartet, um Verteidigungsforschung aus dem EU-Haushalt zu finanzieren. Es ist zu begrüßen, dass die Kommission diese Initiative aufgriff und von 2017 bis 2019 90 Millionen Euro für Verteidigungsforschung vorsieht.

### WEB-TIPP

Parlamentsbericht von Michael Gahler und Esteban Gonzalez Pons zur Zukunft der Europäischen Verteidigung:  
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2017-0042+0+DOC+XML+V0//DE>

## Deutsch als Fremdsprache in der EU

In der EU lernt fast jeder 4. Schüler im Sekundarbereich I Deutsch als Fremdsprache (3 Mio. bzw. 23,1%). Damit liegt Deutsch auf Platz 3, nach Englisch,

die mit Abstand am häufigsten gelehrt Fremdsprache (knapp 17 Mio. Schüler bzw. 97,3%) und Französisch (5 Mio. bzw. 33,8%). Deutsch, das in

Luxemburg von allen Schülern erlernt wird, nimmt in folgenden 8 Mitgliedstaaten die zweite Stelle ein: Dänemark (73,6%), Polen (69,2%), Slowakei (53,6%),



Tschech. Rep. (46,4%), Kroatien (45,6%), Slowenien (44,8%), Ungarn (30,0%), Irland (23,9%). Auch in Mazedonien liegt Deutsch mit 49,2% an zweite Stelle.

In der Regel treten die Schüler im Alter von 11 oder 12 Jahren in den Sekundarbereich I ein, und mit dem Abschluss in diesem Bereich endet gewöhn-

lich auch die Schulpflicht.

#### WEB-TIPP

Eurostat :

<http://bit.ly/2n4P2JF>

## Index Wettbewerbsfähigkeit in der EU: Darmstadt vorne dabei



novation, Regierungsführung, Verkehr und digitale Infrastruktur, Gesundheit und Humankapital abschneiden. Mit dieser 3. Indexausgabe besteht erstmals für jede Region auch

Die Kommission hat den Index zur regionalen Wettbewerbsfähigkeit für 2017 vorgelegt. Der Index analysiert 263 Regionen in der EU, darunter 37 Regionen in Deutschland. Danach weisen die deutschen Regionen flächendeckend eine gute bis sehr gute Wettbewerbsfähigkeit auf. Zu den europäischen Spitzenreitern zählen die Regionen

Oberbayern um München (Platz 9/263), Darmstadt (13/263) Hamburg (14/263) und Karlsruhe (14/263).

Der Index wird alle drei Jahre veröffentlicht, und setzt sich aus elf Parametern zusammen, die unterschiedliche Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit erfassen und bewerten, wie die Regionen in puncto In-

die Möglichkeit, sich in einer vergleichenden Analyse mit Regionen mit ähnlichem BIP pro Kopf oder mit allen EU-Regionen zu vergleichen.

#### WEB-TIPP

Pressemitteilung :

<http://bit.ly/2me3aCD>

Index (Englisch) :

<http://bit.ly/2lXVp0>

## Haus der Europäischen Geschichte: Neues Ziel für Brüssel-Besucher



**HOUSE OF  
EUROPEAN HISTORY**

OPENING 6 MAY 2017

Sehen, Hören, Fühlen und manchmal sogar Riechen: Das neu eröffnete „Haus der Europäischen Geschichte“ in Brüssel will versuchen, die verschiedenen Sinne seiner Besucher anzusprechen, und damit Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und mit verschiedenen Vorkenntnissen zu erreichen. Spezielle Angebote für Schulen oder Familien, Workshops, Seminare und der Einsatz von Multimedia-Guides sollen einen maßgeschneiderten Zugang zur Geschichte Europas ermöglichen – in den 24 Amtssprachen der

EU. Die Dauerausstellung geht zunächst auf Überzeugungen und Ansichten ein, die das 19. Jahrhundert prägten, um die turbulenten Ereignisse des 20. Jahrhunderts verständlicher zu machen. Dann geht es um Europas Abstieg in Krieg und Zerstörung und die anschließende Suche nach einem besseren Leben in einem zunehmend vereinten Europa. Das neue Museum befindet sich in einem frisch renovierten Art-Deco-Gebäude in der Nähe des Europäischen Parlaments in Brüssel. Der Eintritt ist kostenlos.

### WEB-TIPP

<http://www.europarl.europa.eu/visiting/de/br%C3%BCssel/haus-der-europ%C3%A4ischen-geschichte>

### IMPRESSUM

**Michael Gahler**  
Europäisches Parlament  
ASP 14 E 154  
B-1047 Brüssel  
Tel +32-2-2845977  
Fax +32-2-2849977  
michael.gahler@europarl.europa.eu  
www.michael-gahler.eu  
 michael.gahler.77

**Europabüro**  
Odenwaldstraße 5  
64521 Groß-Gerau  
Tel.: 06152 - 932 594

**Bildnachweis:** *Europäisches Parlament, Europäische Kommission*

